



# JAHRESBERICHT 2017

FACING  
FINANZE

# Liebe Leserin, lieber Leser,

auch 2017 haben wir uns wieder mit Finanzmarktakteuren auseinandergesetzt. Im diesjährigen Dirty Profits Bericht haben wir z.B. VW unter die Lupe genommen und die Banken analysiert, die dem Unternehmen frisches Geld zur Verfügung stellten. Im Projekt Faire Rente haben wir uns fondsgebundene Riesterprodukte genau angeschaut und die Fonds untersucht, die die Kund\*innen wählen können. Im Fair Finance Guide arbeiten wir gerade noch auf Hochtouren am aktuellen Update. Und auch sonst war viel los: Verbrauchermessen, Rüstungsmessen, Hauptversammlungen...  
Lesen Sie selbst!

Facing Finance e.V.  
Schönhauser Allee 141  
10437 Berlin

030 3266 1681  
[kontakt@facing-finance.org](mailto:kontakt@facing-finance.org)



## I. AUS DEN PROJEKTEN

<i>Wie fair ist meine Rente?</i>	4
<i>Fair Finance Guide</i>	6

## II. PUBLIKATIONEN

<i>Dirty Profits 5</i>	7
<i>Klima- und Umweltschutz</i>	8
<i>Rauchfrei investieren</i>	9

## III. WEITERE RECHERCHEN

<i>Wahlprüfsteine</i>	11
<i>Glencore</i>	12
<i>Friedensnobelpreis und Atomwaffen</i>	15

## IV. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

<i>Nachhaltigkeitsmessen</i>	16
<i>HV Deutsche Bank</i>	17
<i>Schulworkshops</i>	17

## V. FINANZEN

<i>Jahresabschluss 2017</i>	18
-----------------------------	----

# I. AUS DEN PROJEKTEN

## *Wie fair ist meine Rente?*



Im letzten Jahr (2016) haben wir das Projekt „Faire Rente“ initiiert. In diesem Jahr haben wir anlässlich der FairGoods-Messe in Essen (Mai 2017) die bisherigen Ergebnisse unserer Arbeit zusammengefasst und unsere neue Verbraucherbroschüre „Wie fair ist meine Riester-Rente?“ vorgestellt. Darin können Verbraucher\*innen nachlesen, wie ihre Riester-Anbieter in Sachen ESG Kriterien aufgestellt sind. Weil die Bundesregierung keine Mindestkriterien aufgestellt hat, die z.B. dem völkerrechtlichen Verbot von Landminen und Streumunition entsprechen, gelten für die Anbieter keine Vorgaben, wie sie Beiträge der Sparer\*innen anzulegen haben. Es gibt lediglich eine Informationspflicht der Anbieter, ob und wie sie ESG-Aspekte berücksichtigen. Die Anbieter genügen ihr, wenn sie einmal jährlich angeben, keine solche Kriterien zu berücksichtigen. Daher integrieren nur wenige Riester-Produkte soziale oder ökologische Standards. Anfang des Jahres schulten wir Honorarberater\*innen der

Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen zu den Inhalten und Funktionen der Webseite [www.faire-fonds.de](http://www.faire-fonds.de). Thomas Küchenmeister diskutierte mit Vertreter\*innen der Verbraucherzentrale Bremen und der Bank im Bistum Essen auf der FairGoods-Messe über ESG Kriterien in der Kapitalanlage von Riesterverträgen. Julia Dubslaff, unsere Projektkoordinatorin für die „Faire Rente“, hat auf mehreren Reisen in Nordrhein-Westfalen an Volkshochschulen die Inhalte des Riester-Projekts vorgestellt und erläutert, welche Möglichkeiten es für Privatpersonen gibt (z.B. Umschichtung der Beitragszahlungen in nachhaltigere Fonds). Zusätzlich starteten wir einen Aufruf, uns in unseren Forderungen an den deutschen Bundestag und Fonds-Anbieter zu unterstützen, nämlich die Zertifizierung von Riesterprodukten an bestimmte Mindeststandards zu koppeln. Anfang November veranstalteten wir eine Podiumsdiskussion und Fotoausstellung in Nürnberg, auf der Thomas Küchen-

# I. AUS DEN PROJEKTEN

meister mit Luise Klemens (Landesleiterin ver.di Bayern), Reinhard Graf (Mitglied im Vorstand der Bayerischen Versorgungskammer), Merten Larisch (Verbraucherzentrale Bayern) unter der Moderation von Sarah Benecke (Nürnberger Nachrichten) darüber diskutierte, was getan werden muss, damit unsere Altersvorsorge in faire, ökologische und sozial verantwortungsbewusste Unternehmen und Geschäftsmodelle investiert. Bei der Diskussion wurde festgestellt, dass die Verbraucher\*innen meist nur ein geringes Wissen über finanzielle Zusammenhänge besitzen und aus diesem Grund beim Abschluss einer privaten Altersvorsorge oft nicht nachfragen, ob diese ihr Geld ethisch-ökologisch investiert. Fragt man die Kund\*innen jedoch direkt, lehnen die meisten Investitionen in Unternehmen, die mit Kinderarbeit, Atomkraft oder Waffen in Verbindung stehen, für die Investition ihrer Altersvorsorge ab.

Aber durch die Komplexität des Themas liegt es auch in der staatlichen Verantwortung, gesetzliche Vorgaben für

die Anbieter privater Altersvorsorge festzulegen, sowohl was die Transparenz und Information gegenüber den Kund\*innen, als auch mögliche Mindeststandards bzw. Ausschlusskriterien für die Investitionen betrifft. Auch die Anbieter privater Altersvorsorgen befinden sich in einer Aufklärungspflicht, der sie nachkommen sollten.

Zum Abschluss appellierte Thomas Küchenmeister noch einmal an die Zuhörenden, den globalen Kontext von Investitionen im Blick zu behalten: Investitionen ermöglichen Unternehmen erst ihre Geschäftstätigkeiten, die Umwelt und das Klima zerstören, Menschenrechte missachten und Gewalt tolerieren, was die Unternehmen mit verantwortlich für Fluchtursachen und globale Migrationsströmungen mache. Die anschließende Fotoausstellung zeigte, wovon unsere Rente nicht profitieren sollte. Sie wurde von den bayerischen ver.di Vertreter\*innen mit regem Interesse aufgenommen, sodass die Ausstellung auch in weiteren bayerischen Städten zu sehen war.

# I. AUS DEN PROJEKTEN

## *Fair Finance Guide*



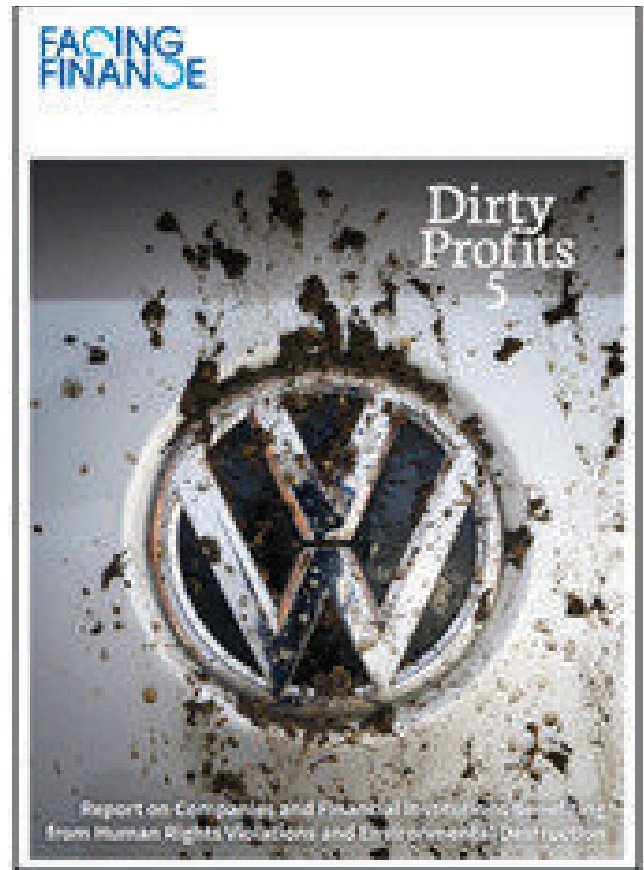
Der Fair Finance Guide – das erste frei zugängliche Informationsportal zur Überprüfung der sozialen und ökologischen Richtlinien deutscher Banken – hat einen neuen Kooperationspartner. Zukünftig wird sich die Verbraucherzentrale Bremen an der regelmäßigen Aktualisierung und Erweiterung des Fair Finance Guide Deutschland beteiligen. Die Verbraucherzentrale Bremen wird im Rahmen der regelmäßigen Aktualisierung des Informationsportals die Ethikbank, eine nachhaltige Genossenschaftsbank mit Sitz in Eisenberg/Thüringen,

untersuchen. Da Verbraucherzentralen eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit spielen, ist es eine wichtige Bereicherung für den Fair Finance Guide Deutschland. Die nächsten Untersuchungsergebnisse werden zusätzlich erweitert um Sparkassen und Landesbanken. Die Ergebnisse der Bankenbewertungen sind auf [www.fairfinanceguide.de](http://www.fairfinanceguide.de) zu finden. 2017 fand wieder eine Reihe von Treffen und Besprechungen mit Banken statt, um ihre Punkte in der Bewertung des Fair Finance Guides zu diskutieren und für stärkere Richtlinien zu werben.

# II. PUBLIKATIONEN

## *Dirty Profits 5*

Facing Finance veröffentlicht jedes Jahr den Dirty Profits Report, der internationale Fälle von Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung und Korruption untersucht und Verbindungen betroffener Unternehmen zu deutschen Finanzinstituten aufzeigt. Auch im Jahr 2017 wurde einmal mehr deutlich: Die Selbstregulierung der Banken bleibt weit hinter dem Anspruch, soziale und ökologische Normen bei Finanzgeschäften einzuhalten, zurück. Dirty Profits 5 haben wir im Februar in Kooperation mit der Friedrich-Ebert Stiftung in Hamburg vorgestellt. Wir haben dazu eine Podiumsdiskussion mit Thomas Küchenmeister und Ulrike Brendel (Verbraucherzentrale Bremen), Dirk Grah (Regionalleiter GLS Bank Hamburg)



sowie Sarah Ryglewski (Mitglied des Deutschen Bundestags) organisiert. Die Diskussion wurde von Jens Tönnemann (Leiter des Magazins ZEIT GELD) moderiert.

## II. PUBLIKATIONEN

### *Klima- und Umweltschutz auf dem Abstellgleis deutscher Banken!?*

Vom 05. bis 13. Mai wurde im Rahmen der Aktionswoche „Globale Divestment Mobilisierung“ weltweit dazu aufgerufen, auf fossile Brennstoffe zu verzichten und die Investition in bzw. die Finanzierung von fossilen Unternehmen zu beenden. Vor diesem Hintergrund informierte eine neue Studie von Facing Finance Verbraucher\*innen über die umwelt- und klimaschädlichen Praktiken deutscher Banken. „Alles im grünen Bereich? Klima- und Umweltschutz auf dem Abstellgleis deutscher Banken“ analysiert anhand von Fallbeispielen, inwiefern die fünf größten deutschen Banken Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen pflegen, die für Umwelt- und Klimaschäden in der Kritik stehen. Die größten deutschen Banken schneiden bei der Verankerung von Klimaschutz bei Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen mangelhaft ab. Während die Finanzierung von neuen Kohlekraftwerken und Kohleminen zwar zum Teil ausgeschlossen wird, bleibt die Förderung



der fossilen Brennstoffe Öl und Gas nach wie vor unberücksichtigt. Auch andere Industrien, die stark zur Klimazerstörung beitragen, werden von deutschen Banken nicht ausreichend in der Risikobetrachtung berücksichtigt. Diese „business as usual“-Mentalität der Banken ignoriert zudem Warnungen zahlreicher Studien, die den Finanzdienstleistern ein erhebliches finanzielles Risiko voraussagen, sollten sie sich weiter an CO<sub>2</sub>-intensiven und damit klimaschädlichen Branchen beteiligen.



## II. PUBLIKATIONEN

Auch die Gelder der Kund\*innen von Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften können bei kontroversen Unternehmen landen. Bankkund\*innen profitieren dadurch von den umweltschädlichen Geschäften ihrer Bank, meist ohne es zu wissen.

### ***Rauchfrei investieren - Warum Banken das tödliche Geschäft mit Tabak beenden sollten***

Laut WHO sterben weltweit mehr als 7 Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums – Jahr für Jahr. Doch nicht nur die enorme Gesundheitsgefährdung zählt zu diesen Folgen, sondern es sind auch negative Auswirkungen auf Umwelt- und Menschenrechte zu beklagen. Während die Kosten der negativen Folgen des Konsums und des Anbaus von den Gesellschaften getragen werden müssen, erzielen die internationalen Tabakkonzerne enormen Profite – genau wie ihre Geldgeber, die Banken. Sie investieren in die Konzerne bzw. finanzieren diese in großem Stil und profitieren somit vom schädlichen

Informierte Verbraucher\*innen können daher anhand dieser Broschüre eigenständig darüber entscheiden, ob sie weiter Kunde dieser Banken sein wollen oder zu einer nachhaltig orientierteren Bank wechseln wollen.



Geschäftsmodell der Tabakindustrie. Für unseren Bericht analysierten wir 24 europäische Finanzinstitutionen und ihre Finanzbeziehungen zu den fünf größten

## II. PUBLIKATIONEN

börsennotierten Tabakunternehmen. Seit 2013 haben diese Institute Kredite in Höhe von rund 50 Mrd. € an die großen Tabakunternehmen (Philip Morris International, British American Tobacco, Altria, Japan Tobacco und Imperial Brands) vergeben, sowie Aktien und Anleihen in Höhe von circa 45 Mrd. € ausgegeben und halten zudem Aktien-Bestände in von circa 14 Mrd. €. Die Versorgung mit Kapital (Kredite, Ausgabe von Aktien und Anleihen) macht somit über 86% der Finanzbeziehungen zu den Tabakunternehmen aus. Ein Wert, der den enormen, unterstützenden Einfluss aber auch die Verantwortung der Finanzdienstleister in Bezug auf die schädlichen Geschäftsmodelle der Tabakindustrie deutlich macht. Bisher haben 181 Staaten ein Rahmenübereinkommen der Weltgesundheits-

organisation (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs unterzeichnet und ratifiziert. Damit soll der Konsum von Tabak und dessen lebensbedrohliche Folgen eingeschränkt und zugleich die Anzahl der Raucher\*innen reduziert werden. Das Übereinkommen ist als Erfolg zu werten, da in vielen Staaten zunehmend auf das Rauchen verzichtet wird. Trotzdem wendet Deutschland die WHO-Richtlinien zur Umsetzung der Konvention nicht an, da diese dazu verpflichten, dass Finanzinstitute in staatlicher Hand keinerlei finanziellen Beziehungen zur Tabakindustrie unterhalten dürfen, was sie aber nach wie vor tun. Solange aber Banken und andere Geldgeber das Geschäftsmodell Tabak weiter fördern und davon profitieren, solange werden die enormen Belastungen für Mensch und Umwelt anhalten.

# III. WEITERE RECHERCHEN

## *Wahlprüfsteine*

Nach der letzten Finanzkrise hat die Politik eine weitreichende Reformierung des Finanzwesens versprochen. Mit der anstehenden Bundestagswahl haben wir uns die Frage gestellt, wie Parteien den Reformbedarf des Finanzsystems bewerten und welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen wollen, denn noch zehn Jahre später ist das Finanzsystem fast so fragil wie zuvor. Es hat sich zudem gezeigt, dass die Selbstverpflichtungen des Finanzsektors bislang wenig Wirkung gezeigt haben. Immer noch fließt zu viel Geld in spekulative Aktivitäten, anstatt sinnvolle und nachhaltige Projekte in der Wirtschaft zu finanzieren; immer noch rettet der Staat Banken, Bausparkassen und Versicherungen auf Kosten der Steuerzahler\*innen und



Photo Credit: Christian Horvat cc-by-sa 3.0, abgerufen von wikipedia

Verbraucher\*innen. Es müssen effektivere Reformen ergriffen werden, will man eine Neuauflage der Krise vermeiden und ein nachhaltiges Finanzsystem schaffen. Gemeinsam mit dem Fair Finance Institut, der Finance Watch, dem iff, Monneta, der Monetative und dem Südwind-Institut veröffentlichten wir Antworten der Parteien auf einen Fragenkatalog zum „Reformbedarf der Finanzmärkte 10 Jahre nach der Krise“. Von allen sechs Parteien, die sich zur Wahl stellen lassen, haben wir Antworten erhalten: CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD. Diese haben wir als ausführlichen Fragenkatalog, Kurzanalyse der Antworten und Presseerklärung veröffentlicht.

# III. WEITERE RECHERCHEN

## ***Glencore und die Verantwortung deutscher Banken***

Einen Tag vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank veröffentlichten Facing Finance und Misereor gemeinsam mit dem lateinamerikanischen Netzwerk Red Sombra Observadores de Glencore eine Studie mit dem Titel „Fragwürdige Unternehmenstätigkeiten des Schweizer Bergbauriesen Glencore und die Verantwortung deutscher Banken“. Der Studie zufolge stellten deutsche Banken in den vergangenen vier Jahren fast acht Milliarden Euro für den größten Rohstoff- und drittgrößten Bergbaukonzern der Welt Glencore bereit, obwohl dem Unternehmen in Argentinien, Bolivien, Kolumbien, Peru und der DR Kongo gravierende Delikte wie zum Beispiel Umweltverschmutzung, Menschenrechtsverletzungen, Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, Korruption und Steuervermeidung vorgeworfen werden. Die Deutsche Bank hat sich mit 1,2 Milliarden Euro am stärksten an der

Finanzierung von Glencore beteiligt und so ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten vernachlässigt, die sich aus den 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ableiten. Aber auch andere Banken wie die sich in Staatsbesitz befindende KfW-Bankengruppe (Kreditanstalt für Wiederaufbau), die Landesbank Baden-Württemberg sowie die Commerzbank unterstützten Glencore bei der Kapitalbeschaffung. Zur Vorstellung der Studie luden wir am 17.05 zu einem Pressefrühstück in Frankfurt ein. Sarah Guhr von Facing Finance und Johanna Sydow von Misereor, die beiden Autorinnen, fassten die Studie zusammen. Außerdem berichteten zwei Vertreter von Misereor-Partnerorganisationen über die gravierenden Probleme im Umfeld von Glencore-Minen in Peru und Bolivien. Thomas Küchenmeister moderierte das Podium und lieferte einen Ausblick. Am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank versammelten sich wie jedes Jahr zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, um auf

# III. WEITERE RECHERCHEN

den ausbleibenden Kulturwandel der Deutschen Bank hinzuweisen und die Aktionäre der Bank über diverse Kritikpunkte aufzuklären. Am Nachmittag konfrontierten sie den Vorstand und Aufsichtsrat auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank direkt mit ihren Anliegen und Forderungen. Thomas Küchenmeister von Facing Finance wies auf die Finanzbeziehungen der Deutschen Bank zu Rohstoffunternehmen wie dem Schweizer Bergbaukonzern Glencore hin. Die Deutsche Bank gab an, dass Menschenrechte nicht verhandelbar seien und das Gespräch mit Glencore gesucht werde. Als Reaktion auf die Veröffentlichung unserer Studie und einer Pressemitteilung drohte Glencore mit Schadensersatzansprüchen mittels Verweises auf Schweizer Wettbewerbsgesetze und forderte eine sofortige Löschung der Pressemitteilung aus dem Internet. Zugleich wurden uns „rechtswidrige Boykott-Aufrufe“ und eine „pauschale und haltlose Diskreditierung“ des Bergbau-Unternehmens unterstellt. In der Mitteilung, herausgegeben am Tag des Pressefrühstücks, hatten Facing

Finance und Misereor deutsche Banken dazu aufgerufen, Konzerne, denen Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, Gesundheitsgefährdung, Korruption und Steuervermeidung vorgeworfen oder nachgewiesen wird, weder zu finanzieren noch sich an diesen zu beteiligen.

Der Aufforderung zur Löschung der Presseerklärung kam Facing Finance nach. In einem Antwortschreiben vom 22.5.17 an Glencore wiesen wir den Vorwurf der pauschalen und haltlosen Diskreditierung jedoch zurück, mit Verweis auf umfangreiche, kritische Medienberichte und aktuelle, größtenteils sehr negative Nachhaltigkeitsbewertungen renommierter Ratingagenturen (z.B. RepRisk). Trotz Glencores sozialer und ökologischer Selbstverpflichtungen dokumentieren diese Berichte zahlreiche Vorwürfe über Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörung, Gesundheitsgefährdung, Korruption und Bestechung. In Südamerika z.B. laufen eine Vielzahl von Gerichtsverfahren gegen Glencores Minenprojekte.

# III. WEITERE RECHERCHEN

Anlagepunkte sind unter anderem die Verletzung von Umweltgesetzen, die Überschreitung von Grenzwerten, unerlaubtes Abholzen, das illegale Umleiten von Flüssen, Luftverschmutzung und inadäquate Abfallentsorgung. Ebenso werden die Auswirkungen des Bergbaus auf ansässige Gemeinden sowie Vertreibung und die Verzögerung von Umsiedlungsprozessen untersucht und beklagt.

In dem Antwortschreiben an Glencore verwiesen wir außerdem auf ein BGH-Urteil von 2014 (Az.: I ZR 75/13), welches einen „Boykottaufruf“ als geschützte Meinungsäußerung bewertet. Dies gelte laut BGH insbesondere, wenn ein „Boykottaufruf“ nicht eigenen wirtschaftlichen Zielen dient, sondern der Sorge um Belange der Allgemeinheit geschuldet ist. Der Schutz der Meinungsfreiheit hat laut BGH Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen eines betroffenen Unternehmens. Zahlreiche deutsche

Medien, unter anderem das ZDF HeuteJournal, die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau und die taz, berichteten über diesen Fall. Die Vorgehensweise von Glencore, die in Fachkreisen auch als SLAPP (Strategic Lawsuits against Public Participation) bezeichnet wird, soll den Beklagten vor kostenintensiven Rechtsverfahren Angst machen, sowie Transparenz und freie Meinungsäußerung verhindern. Hierzulande geht es um teure Prozesse und die Verhinderung von Transparenz und Aufklärung. In Südamerika hingegen werden Kritik und Proteste gegen Glencore-Projekte und andere häufig gewaltsam unterdrückt, teils mit tödlichem Ausgang für die Demonstranten. Facing Finance und die Partnerorganisation Misereor haben Glencore im Juli zu einem vertraulichen Gespräch nach Köln eingeladen, worauf das Unternehmen tatsächlich einging. Die Androhung eines Gerichtsverfahrens hat Glencore (bisher) nicht wahr gemacht.

# III. WEITERE RECHERCHEN

## ***Friedensnobelpreis-Stiftung investiert in Atomwaffenhersteller***

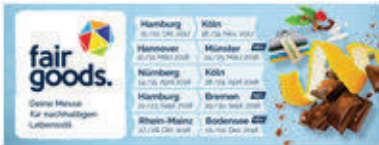
Als Teil der internationalen Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) war Facing Finance eine der mehr als 400 Organisationen, die den Friedensnobelpreis erhalten haben. Laut Recherchen unserer norwegischen Partnerorganisation Framtiden, des ZDF-Heute Journals und uns speist sich das Preisgeld für den Friedensnobelpreis (rund 940.000 Euro) jedoch u.a. aus Investments in europäische und US-amerikanische Rüstungsfirmen, die Teil von aktuellen Atomwaffenprogrammen bzw. an deren Wartung und Modernisierung beteiligt sind. Facing Finance empfahl ICAN, das Preisgeld nicht anzunehmen oder zu stiften. Hüter des Preisgeldes ist die „Nobel Stiftung“, die nicht nur das Stiftungsvermögen verwaltet, sondern auch Erträge erwirtschaften muss, aus denen sich das jährliche Preisgeld für den Friedensnobelpreis generiert. Dem



Jahresbericht 2016 der Nobel Stiftung ist eine Auflistung von langfristigen Investments der Stiftung zu entnehmen, die Beteiligungen an Aktien- und Hedgefonds einschließen. Zahlreiche dieser Fonds sind teils massiv in Rüstungsproduzenten wie Boeing, Airbus, BAE Systems, Lockheed Martin und Raytheon investiert – Unternehmen, die allesamt an US-amerikanischen bzw. europäischen Atomwaffenprojekten und -programmen beteiligt sind. Die norwegische Nobelpreis-Stiftung hat die erhobenen Vorwürfe bestätigt. Der Direktor des Nobelinstituts, Olav Njølstad, kündigte im Rahmen einer TV-Diskussion des norwegischen Fernsehens an, die Beteiligungen der Stiftung an Atomwaffenherstellern innerhalb von 12 Monaten zu veräußern und „ethische“ Investment-Richtlinien zu installieren, die derartige Investments zukünftig ausschließen sollen.

# IV. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

## Nachhaltigkeitsmessen



Wie können wir erreichen, dass mit unserem Geld verantwortungsbewusst umgegangen wird? Unter dieser Fragestellung beteiligten wir uns an mehreren Nachhaltigkeitsmessen, vor allem in Nordrhein-Westfalen. So waren wir auf der Fair Friends Messe in Dortmund und auf der FairGoods in Hannover, Essen und Köln. Auf unserem Stand zeigten die Besucher\*innen großes Interesse an unseren Anliegen und in vielen Fällen auch Fachkenntnis im verantwortungsbewussten Umgang mit Geld, woraus sich viele spannende Gespräche ergaben. An einem der Besuchertage in Dortmund war Thomas Küchenmeister an einer Podiumsdiskussion zum Thema „verantwortungsbewusster Umgang mit Geld“ beteiligt, die von Oliver Brandt von der Bremer Verbraucherzentrale moderiert wurde. Mit ihm diskutierten Markus Kurth, Sprecher für Rentenpolitik bei Bündnis 90/Die Grünen, Markus Feck von der

Verbraucherzentrale NRW und Stefan Möller von der GLS Bank. Zum Abschluss der Diskussion war erkennbar, dass vor allem zwei Akteure am Zug sind, um einen ethisch-ökologischen Umgang mit Geld zu erreichen: Zunächst einmal seien die Staaten in der Pflicht, Mindeststandards für Investitionen bei Finanzdienstleistern durchzusetzen und vor allem nur solche Investments staatlich zu fördern, die diese Mindeststandards auch einhielten. Neben staatlichen Akteuren sei aber auch jede\*r Einzelne in der Verantwortung, kritisch nachzufragen: „Was passiert mit meinem Geld?“. Die Verbraucher\*innen sollten ebenso wie bei Kleidung oder Ernährung ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie mit ihren Geldanlagen Gestaltungsspielraum in Sachen Nachhaltigkeit besitzen. Hierfür sollten dann (unabhängige) Beratungsangebote wahrgenommen werden.



# IV. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

## ***HV Deutsche Bank***

Auch in diesem Jahr versammelten sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt (18. Mai), um die größte deutsche Bank aus ihren jeweils eigenen Blickwinkeln zu kritisieren. Auch Facing Finance war vor Ort, um die Aktionär\*innen an ihre Verantwortung als Eigentümer der Bank zu erinnern und über die Geschäfte der Bank mit dem



Bergbauriesen Glencore zu informieren. Wir sprachen diesen Punkt auch in der Versammlungshalle an. Der Vorstand der Bank teilte uns und den Aktionär\*innen mit, dass Menschenrechte nicht verhandelbar seien und man das Gespräch mit Glencore suchen wolle (s. oben).

## ***Schulworkshops***

Zum Auftakt des neuen Jahres und als Abschluss eines von der LEZ geförderten Projekts haben wir mit drei Schulklassen einen Workshop zum Thema Finanzinstitute und Arbeitsrechte in der Textilindustrie durchgeführt. Seinen Ausgangspunkt hatte der Workshop bei dem eingestürzten Fabrikgebäude von Rana Plaza. Der Workshop bestand hauptsächlich aus einem Planspiel, bei dem die Teilnehmer\*innen verschiedene Rollen übernahmen. Dabei waren Banken, Versicherungen, Asset Manager

und Private Equity-Firmen, aber auch eine NGO und Arbeiter\*innen aus der Textilindustrie. Die Teilnehmer\*innen konnten in dem Planspiel die Dynamiken zwischen einzelnen Akteuren am Finanzmarkt nachempfinden und die ungleiche Machtverteilung erfahren, an deren Ende die Arbeiter\*innen standen. Eine Broschüre „Geld oder Leben“ erläutert die Hintergründe. Das gesamte Material für den Workshop steht online zur Verfügung.

# V. FINANZEN

## JAHRESABSCHLUSS 2017 (EURO)

Einnahmen		Ausgaben	
Projekte	228.014	Personal	165.506
Spenden	2.715	Büro	21.031
Mietzuschüsse	7.044	Projekte/Research	56.399
Sonstiges	25.622	Reisen	4.870
		Sonstiges	18.654
<b>Gesamt</b>	<b>263.395</b>	<b>Gesamt</b>	<b>266.462</b>

Facing Finance e.V. setzt sich für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Geld ein und sensibilisiert institutionelle, öffentliche und private Finanzdienstleister, sowie Bank- und Versicherungskund\*innen keine Unternehmen zu finanzieren und nicht in Unternehmen zu investieren, die von Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen (z.B. Kinderarbeit), Umweltverschmutzung, Korruption und der Herstellung völkerrechtswidriger Waffen sowie von Waffenexporten in Krisenregionen profitieren.

Facing Finance e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Vereinsregister unter der Nr. VR 32177B-1 eingetragen und als gemeinnützig anerkannt.

Spenden: Kontoinhaber: FACING FINANCE e.V.

IBAN: DE91430609671147553800

BIC: GENODEM1GLS

GLS-Bank